

**Rheinischer Merkur Nr. 33, 18.08.2005**

**FRAGEN AN / Walter Homolka**

**Einheit mit Roms Hilfe?**

RHEINISCHER MERKUR: Der zweite Besuch eines Papstes in einer Synagoge am Freitag trifft mitten in eine fundamentale innerjüdische Auseinandersetzung um Gleichberechtigung von Orthodoxen und Progressiven. Der Papstbesuch führt auch die beiden Gruppen zusammen. Hoffen Sie auf Schritte zur Einigung?

WALTER HOMOLKA: Wir sind Bundesinnenminister Otto Schily dankbar, dass er die Initiative ergriffen hat, den Vorsitzenden des Zentralrats der Juden, Paul Spiegel, und die scheidende Vorsitzende der Weltunion für progressives Judentum, Ruth Cohen, am Rand der Papstvisite erstmals zusammenzuführen.

Wo liegt aus liberaler Sicht das Problem?

Seit November 2002 weisen wir darauf hin, dass der im Juni 2003 unterzeichnete Staatsvertrag mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland die liberalen Juden nicht an der Förderung für die Jüdische Gemeinschaft beteiligt. Die Union progressiver Juden in Deutschland will sich mit ihren 20 Gemeinden in den Zentralrat integrieren. Voraussetzung ist allerdings, dass der Zentralrat sein Selbstverständnis einlöst und sich auf sein Mandat als politische Meinungsvertretung der Juden in Deutschland zurückzieht. Wir sehen nicht, dass der Zentralrat die religiösen Anliegen des liberalen Judentums würdigt und schützt.

Wo lässt es der Zentralrat an Schutz fehlen?

In der Frage nach künftigen Bedingungen der jüdischen Zuwanderung haben wir unsere Sicht der Dinge, wer Jude oder Jüdin sei, gegenüber den Innenministerien selbst vertreten müssen. Und in den Fragen der finanziellen Beteiligung an den Staatsleistungen sind wir noch nicht sehr weit gekommen, vor allem nicht bei der Förderung der Ausbildung von Rabbinern in Deutschland. Wie soll die Integration der vielen Zuwanderer denn geleistet werden, wenn es keinen Nachwuchs an Gemeinderabbinern gibt? Hier erwarten wir vom Zentralrat mehr Engagement für das liberale Rabbinerseminar in Potsdam. Auch unsere Jugendarbeit kann sich nicht entwickeln, wenn der Zentralrat Zuwendungen nur monatsweise gewährt.

Ist es realistisch, von einem letztlich ja doch religiösen Dachverband so viel Offenheit zu fordern?

Der Zentralrat selbst definiert sich mittlerweile als politische Interessenvertretung. Der Staat kann aber den Schutz der Gleichheit zwischen den jüdischen Bekenntnissen nicht an einen politischen Verband delegieren. Das wäre etwa so, als würde man den Vatikan für die Förderung der evangelischen Kirchen zuständig machen. Der Staat hat hier einen Verfassungsauftrag, aus dem er sich nicht verabschieden kann. Seit 2002 entscheiden die Verwaltungsgerichte bis hin zum Bundesverwaltungsgericht daher eindeutig: Die Förderung des Staates muss allen jüdischen Bekenntnissen zugute kommen.

Warum gründen Sie nicht einen eigenen Spitzenverband?

Die Union progressiver Juden in Deutschland ist seit 1997 der Zusammenschluss liberaler Gemeinden. Dennoch wollen wir das gemeinsame Dach erhalten. Nach dem Bundesverwaltungsgericht ist zudem für eine Förderung die Mitgliedschaft in einem der jüdischen Weltbekenntnisse entscheidend, nicht der Zentralrat. Deshalb kommt Ruth Cohen auch nach Deutschland, um die religiösen Rechte ihrer Mitglieder einzufordern. Der Bundesinnenminister nimmt also eine politisch wichtige Aufgabe mit religiösen Konsequenzen wahr.

Welche Einigung wird Frau Cohen Herrn Spiegel vorschlagen?

Zuerst: Scheitert die Annäherung, sehe ich für den Bund voraus, was in verschiedenen Bundesländern schon heute Praxis geworden ist: die individuelle Förderung der verschiedenen jüdischen Bekenntnisse und die rechtlich getrennte Berücksichtigung durch den Staat. So ist es in Niedersachsen und Schleswig-Holstein geregelt; dazu wurde gerade das Land Sachsen-Anhalt letztinstanzlich verurteilt; so wird es auch in Brandenburg werden, wo der kürzlich geschlossene Staatsvertrag gerade von orthodoxer Seite gekippt wird. Eine Einigung ist dann in Sicht, wenn es dem Zentralrat gelingt, integrierend zu wirken.

Kann das Klima des Weltjugendtages als Katalysator eines innerjüdischen pluralen Religionsfriedens dienen?

Die Begegnung so vieler Glaubender aus aller Welt sollte uns Juden zeigen: Vielfalt ist eine Bereicherung. Ich sehe in der Pluralisierung des jüdischen Lebens in Deutschland ein Zeichen der Heilung und der Normalisierung. Überall auf der Welt können die unterschiedlichen jüdischen Strömungen ein harmonisches Zusammenwirken erreichen.

Welche spirituelle Aufgabe sehen Sie für das Judentum?

Die eigentliche Aufgabe für uns alle zeigt uns das Anliegen des Weltjugendtages: Menschen anzuregen, ihr Leben in einem bewussten religiösen Kontext zu sehen. Seit 40 Jahren hat das jüdisch-katholische Gespräch enorme Fortschritte gemacht. Ausgleich und Verständigung zwischen den Religionen sind also möglich. Warum sollte das zwischen uns Juden nicht gelingen?

Rabbiner Walter Homolka ist Gouverneur der Weltunion für progressives Judentum. Die Fragen stellte Wolfgang Thielmann.

© Rheinischer Merkur Nr. 33, 18.08.2005